

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, 21. September 2010, 16.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstraße

Anwesend:	Dr. Josef Korsten	Bürgermeister
	Ingrid Bartholomäus	
	Christof Bleichert	
	Ursula Brand	
	Dietmar Busch	
	Petra Ebbinghaus	
	Rolf Ebbinghaus	
	Horst Enneper	
	Karl-Heinz Fischer	
	Detlef Graß	
	Margot Grüterich	
	Klaus Haselhoff	
	Bernd-Eric Hoffmann	
	Olaf Jung	
	Thomas Klee	
	Rosemarie Kötter	
	Ralf-Udo Krapp	
	Thomas Lorenz	
	Dietrich Lunderstädt	
	Dr. Axel Michalides	
	Arnold Müller	
	Heide Nahrgang	
	Werner Nowara	
	Annette Pizzato	
	Sabine Plasberg-Keidel	
	Dr. Jörg Rieger	
	Tobias Ronsdorf	
	Reiner Röhlig	
	Bernd Rüggeberg	
	Rolf Schäfer	
	Christoph Schlüter	
	Sebastian Schlüter	
	Axel Schröder	
	Rolf Schulte	
	Dietmar Stark	
	Klaus Steinmüller	
	Gerd Uellenberg	
	Fritz Ullmann	
	Annette Verhees	
	Christian Viebach	
	Alexander Vogt	
	Gudrun Weber	
	Dr. Jörg Weber	
	Harald Weiss	
es fehlt	Michael Tissarek	

Von der Verwaltung:	Ute Butz Julia Gottlieb Rainer Meskendahl Frank Nipken Rolf Voß Christoph Grimlowski	Schriftführer
Gäste:	Herr Brehmke Herr Eden Herr Dr. Dünchheim Herr Lormes Herr Schneider	(Kanzlei Hogan Lovells) (Geschäftsführer Bäder GmbH) (Kanzlei Hogan Lovells) (Fa. s-m-m) (Fa. s-m-m)

Tagesordnung (geändert):
(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt vom 22.06.2010
(öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Stadtwerke Radevormwald GmbH
 - a) Zukünftige Gesellschaftsstruktur und Verträge mit RWE RWN
 - b) Verwendung der Einnahmen aus Entfristung und Anteilverkauf
5. Berufung sachkundiger Bürger/Einwohner für fraktionslose Mitglieder des Rates der Stadt Radevormwald
Antrag des Herrn Fritz Ullmann vom 07.07.2010
6. Zuwendungen zu den Aufwendungen für die Geschäftsführung gem. § 56 GO NRW, § 10 (7) c) und d) Hauptsatzung der Stadt Radevormwald für fraktionslose Mitglieder des Rates der Stadt Radevormwald
Antrag des Herrn Fritz Ullmann vom 18.07.2010
6. a) Abwassergebühren
Antrag der AL-Fraktion vom 09.09.2010
7. Bebauungsplan Nr. 100 – Bereiche nördlich und südlich der Alten Landstraße –
hier: Satzungsbeschluss
8. Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides zum Erhalt der GGS Blumenstraße
9. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
10. Über-/außerplanmäßige Ausgaben
11. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

12. Niederschrift über die 4. Sitzung des Rates der Stadt vom 22.06.2010 (nichtöffentlicher Teil)
12. a) Vorstellung des Wirtschaftsplans 2010 der Bäder GmbH
13. Mitteilungen und Fragen

- - -

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einvernehmlich wird festgelegt, die Tagesordnung um die TOP 6 a) (Abwassergebühren – Antrag der AL-Fraktion) sowie TOP 12 a) (Vorstellung des Wirtschaftsplans der Bäder GmbH) zu ergänzen.

Der Bürgermeister verweist auf die Tischvorlagen zu TOP 4 (Antrag der AL-Fraktion, Schreiben der Aufsichtsbehörde, überarbeitete Verträge).

Herr Ullmann stellt den Antrag, die TOP 4 a) und b) zu tauschen. Die Abstimmung über diesen Antrag ergibt folgendes Ergebnis:

3 Ja-Stimmen	(2 proNRW, 1 fraktionslos)
41 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Öffentlicher Teil:)**3. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt vom 22.06.2010 (öffentlicher teil)**

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

- a) Herr Dr. Korsten übermittelt dem Rat der Stadt Grüße des Bürgermeisters von Nowy Targ, Herrn Fryzlewicz, den er anlässlich eines Besuches beim „Jarmark Podhalański“ in der polnischen Partnerstadt im August dieses Jahres getroffen hat.
- b) Der Bürgermeister berichtet über den Eingang eines Schreibens einer Anwaltskanzlei, welches die Interessen der Herren Stark und Ebbinghaus in ihren Funktionen als Ratsmitglieder und Fraktionsvorsitzende vertritt. Darin wird behauptet, dass Rechte der o. g.

Ratsmitglieder durch den Ratsbeschluss aus Mai 2010 bzgl. des Gesellschaftervertrages der Bäder GmbH verletzt worden seien. Die Anwaltskanzlei fordert, dass der Bürgermeister sie beauftragt, die Ratsmitglieder zu vertreten.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass er das Schreiben zur Überprüfung an die Aufsichtsbehörde geleitet hat. Dort ist zu klären, ob es sich im vorliegenden Fall um eine kommunalverfassungsrechtliche Fragestellung handelt und ob es richtig sei, dass die Beauftragung der Anwälte tatsächlich durch den Bürgermeister zu erfolgen habe.

Nach Eingehen einer Weisung der Aufsichtsbehörde in dieser Angelegenheit wird der Bürgermeister entsprechend verfahren.

- d) Herr Dr. Korsten informiert darüber, dass Herr Rüggeberg ihm gegenüber zum 30.09.2010 seinen Mandatsverzicht ausgesprochen hat.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor

4. Stadtwerke Radevormwald GmbH

Der Bürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt als Gäste Herrn Dr. Dünchheim, (Anwaltskanzlei Hogan Lovells), Herrn Schneider (Fa. s-m-m), Herrn Brehmke (Anwaltskanzlei Hogan Lovells) und Herrn Lormes (Fa. s-m-m).

a) Zukünftige Gesellschaftsstruktur und Verträge mit RWE RWN

Herr Dr. Korsten erläutert, dass die Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 20.09.2010 eine Stellungnahme zu den Vertragsentwürfen abgegeben hat. Die dort geäußerten Beanstandungen und Änderungswünsche wurden kurzfristig durch Herrn Dr. Dünchheim in das Vertragswerk eingearbeitet; das Ergebnis liegt als Tischvorlage vor.

Herr Schneider lässt das Verfahren Revue passieren, geht dabei auf das Problemfeld „Betriebsführungsgesellschaft“ ein, erklärt, dass durch das vorliegende Vertragswerk die Position der SWR nachhaltig gestärkt wird, spricht der Lenkungsgruppe seinen Dank für die geleistete Arbeit aus und erteilt den Ratschlag, dass etwa alle 5 Jahre die Strategie des Unternehmens überprüft werden sollte.

Herr Dr. Dünchheim erläutert in seinem Vortrag detailliert die Änderungen der Vertragsentwürfe aufgrund der Vorgaben der Aufsichtsbehörde

Herr Ebbinghaus geht auf den Vortrag von Herrn Dr. Dünchheim ein. Er bezweifelt, dass die Änderungen der Verträge gemäß der Intention der Aufsichtsbehörde vorgenommen worden seien und sieht in den vorgenommenen Änderungen dramatische Einschränkungen des Aufsichtsrates der Bäder GmbH.

Herr Dr. Dünchheim erläutert, dass der § 113 GO im Vertrag berücksichtigt worden sei; auch wurden die Rechte des Aufsichtsrates durch die Verträge nicht eingeschränkt.

Weitere Nachfragen von Herrn Dr. Rieger und Herrn Ullmann werden von Herrn Dr. Dünchheim ausführlich beantwortet.

Laut Herrn Müller sei zu Beginn des Prozesses seitens Herrn Schneider von weitaus höheren Einnahmen gesprochen worden; auch die Vorteile der Betriebsführungsgesellschaft hätte Herr Schneider damals angepriesen.

Der Bürgermeister erklärt, dass niemals solch hohe Zahlen genannt worden seien und weist auf die Gefahr einer Verzerrung der Diskussion durch Verwendung falscher Zahlen hin.

Herr Ebbinghaus äußert die Auffassung, dass der so genannten „Stand-Alone-Lösung“ zu wenig Aufmerksamkeit entgegen gebracht worden sei.

Anschließend erläutert Herr Ebbinghaus den Antrag der AL-Fraktion vom 19.09.2010.

Nach seiner Auffassung findet sich im Rahmenvertrag die Tatsache nicht wieder, dass es sich bei den SWR um einen lokalen Energieversorger mit kommunalen Interessen handelt; dies soll als Ergänzung als Punkt 5.7 in den Vertrag eingearbeitet werden.

Weiterhin sollen lt. Herrn Ebbinghaus durch verschiedene Änderungen die Rechte der Kommune innerhalb der Gesellschaft gestärkt werden.

Weitere Änderungen sind Übernahmen von Formulierungen aus dem alten Gesellschaftsvertrag zur Stärkung der Rechte des Aufsichtsrats.

Herr Ebbinghaus äußert sich erschüttert über den Umgang der seiner Meinung nach hochproblematischen Situation der Bäder GmbH durch Einräumung eines Zugriffsrechtes von RWE auf den 50,1 %-Anteil der Stadtwerke. Nach seiner Auffassung wird mit einer Insolvenz der Bäder-GmbH spekuliert.

Herr Dr. Dünchheim erklärt, dass im Gegenteil die §§ 21 und 22 des Gesellschaftervertrages zum Schutz der Bäder GmbH in den Vertrag eingearbeitet worden seien, und erläutert die Bedeutung der Bestimmungen.

Herr Viebach äußert sein Befremden über die kurzfristige Einreichung des Antrages der AL-Fraktion und bemängelt, dass Herr Ebbinghaus die Möglichkeit zu Nachfragen und Diskussion nicht ausreichend in der Lenkungsgruppe und im Hauptausschuss genutzt habe. Der Antrag der AL-Fraktion würde die Lenkungsgruppe mit einem neuen Verhandlungsverfahren beauftragen.

Herr Viebach sieht in den vorliegenden Vertragsentwürfen ein gutes Ergebnis und ist der Auffassung, dass heute eine Entscheidung getroffen werden solle.

Herr Haselhoff schließt sich den Ausführungen von Herrn Viebach an und spricht seinen Dank an Herrn Dr. Dünchheim und Herrn Schneider für die schnelle Reaktion auf das Schreiben der Aufsichtsbehörde aus.

Frau Ebbinghaus ist der Meinung, dass in den Sitzungen der Lenkungsgruppe keine Möglichkeit zu Diskussionen vorhanden gewesen sei und es nicht erforderlich sei, übereilt einen Beschluss herbeizuführen.

Auch Herr Müller ist der Auffassung, dass man Zeit und Ruhe benötige, die Vertragsentwürfe durchzuarbeiten; erst nach den Gesprächen mit Herrn Dr. Dünchheim und Herrn Schneider nach den Sommerferien sei man in der Lage gewesen, sich ernsthaft mit der Thematik auseinander zu setzen. Auch die kurzfristige Einarbeitung der Vorgaben der Aufsichtsbehörde

erfordere Zeit zur Nacharbeit, deren Ergebnisse man in einer Sondersitzung des Rates beraten könne.

Für die CDU-Fraktion stellt Herr Schulte den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache und schlägt vor, den Antrag der AL-Fraktion „en bloc“ abzustimmen:

Herr Stark spricht sich gegen den Schluss der Aussprache aus; er ist der Auffassung, dass ausreichend Gelegenheit eingeräumt werden müsse, berechtigte Bedenken und Bewertungen in solch einer wichtigen Angelegenheit zu äußern.

Anschließend wird über den Antrag von Herrn Schulte auf Schluss der Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen (16 CDU, 5 FDP, 4 UWG, 1 Bürgermeister)
16 Nein-Stimmen (10 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
2 Enthaltungen (UWG)

Damit ist der Antrag angenommen.

Herr Ebbinghaus stellt den Antrag, die Entscheidung über die Verträge – und damit auch über den Antrag der AL-Fraktion - zu vertagen und in einer Sondersitzung zu beraten.

An dieser Stelle stellt Herr Stark den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Hierüber lässt der Bürgermeister zunächst abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen (10 SPD, 4 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos)
26 Nein-Stimmen (16 CDU, 5 FDP, 2 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nunmehr wird über den Antrag von Herrn Ebbinghaus auf Vertagung des TOP 4 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (3 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (16 CDU, 7 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
2 Enthaltungen (pro NRW)

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Anschließend wird über den vorliegenden Änderungsantrag der AL-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen (3 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (16 CDU, 7 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Auf Antrag von Herrn Ebbinghaus findet anschließend eine namentliche Abstimmung zum vorliegenden Beschlussentwurf zu TOP 4 a) statt.

Beschlussentwurf:

1.1 Der Rat stimmt dem Abschluss des anliegenden Rahmenvertrages zwischen der Stadt Radevormwald, der Bäder Radevormwald GmbH sowie der RWE/RWN Beteiligungsgesellschaft Mitte mbH zu.

1.2 Der Rat stimmt der Verlängerung der Beteiligung der RWE/RWN Beteiligungsgesellschaft Mitte mbH an der Stadtwerke Radevormwald GmbH sowie dem Verkauf und der Abtretung des Kaufgeschäftsanteils von der Bäder GmbH an die RWE/RWN Beteiligungsgesellschaft Mitte mbH zu. Die Zustimmung erstreckt sich auch auf den Fortsetzungs- und Kaufvertrag als Ganzes.

1.3 Der Rat stimmt ferner dem Abschluss des beigefügten Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Radevormwald GmbH zu.

1.4 Der Rat weist die Vertreter der Stadt Radevormwald in der Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat der Bäder Radevormwald GmbH sowie der Stadtwerke Radevormwald GmbH an, die Beschlüsse zu 1.1 bis 1.3 umzusetzen.

Der Bürgermeister ruft die Ratsmitglieder namentlich zur Abgabe ihrer Stimme auf.

Bartholomäus:	Ja	Bleichert:	Ja
Brand:	Ja	Busch:	Ja
Ebbinghaus, P.:	Nein	Ebbinghaus, R.:	Nein
Enneper:	Ja	Fischer:	Ja
Graß:	Ja	Grüterich:	Ja
Haselhoff:	Ja	Hoffmann:	Ja
Jung:	Ja	Klee:	Ja
Kötter:	Ja	Krapp:	Ja
Lorenz:	Ja	Lunderstädt:	Ja
Dr. Michalides:	Nein	Müller:	Nein
Nahrgang:	Ja	Nowara:	Ja
Pizzato	Ja	Plasberg-Keidel:	Ja
Dr. Rieger:	Enthaltung	Röhlig:	Ja
Ronsdorf:	Nein	Rüggeberg:	Ja
Schäfer:	Ja	Schlüter, C.:	Ja
Schlüter, S.:	Ja	Schröder:	Ja
Schulte:	Ja	Stark:	Nein
Steinmüller:	Ja	Uellenberg:	Ja
Ullmann:	Nein	Verhees:	Ja
Viebach:	Ja	Vogt:	Nein
Weber:	Ja	Dr. Weber:	Ja
Weiss:	Ja	Dr. Korsten:	Ja

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (16 CDU, 7 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
8 Nein-Stimmen (2 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung (SPD)

Damit ist der Beschlussentwurf angenommen

Anschließend gibt Herr Busch als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH eine persönliche Erklärung ab und hält einen Rückblick auf das Verfahren. Er lobt die professionelle Arbeit im Lenkungskreis, bedankt sich bei allen Beteiligten. Nach seiner Auffassung können die Stadtwerke Radevormwald und die Stadt Radevormwald als Mehrheitseigner nach Abschluss der Verträge hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

b) Verwendung der Einnahmen aus Entfristung und Anteilverkauf

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und geht dabei auf die Vorgaben der Aufsichtsbehörde ein.

Herr Ullmann fragt an, ob die Möglichkeit besteht, auch an den Eigentümer der Anteile der Bäder GmbH eine Kapitalausschüttung vorzunehmen, da beim derzeit vorliegenden Beschlussvorschlag keinerlei finanzielle Vorteile für die Stadt Radevormwald zu erkennen sind.

Herr Dr. Korsten entgegnet, dass sich solche Vorteile dadurch ergeben, dass Schulden des Tochterunternehmens Bäder GmbH durch dieses Verfahren getilgt werden können.

Auf die Frage von Herrn Ebbinghaus, ob der Bürgermeister zusichern könne, dass der Betrag von 1,1 Mio. € für die Bäder Radevormwald GmbH zum Abbau der Kredite verwendet wird oder ob die Mittel für die Deckung der laufenden Verluste verwendet würden, entgegnet Herr Dr. Korsten, dass für die Verwendung der Mittel die Gremien des Unternehmens zuständig sind. Der Wortlaut des Beschlusses gibt keine konkrete Mittelverwendung vor.

Herr Ullmann ist der Auffassung, dass ein Betrag in Höhe von 500.000 € dem städtischen Haushalt zugeführt werden sollte. Dies sollte in den Beschlussvorschlag eingearbeitet werden.

Herr Rüggeberg führt aus, dass die Bäder GmbH zu 100 % im Eigentum der Stadt sei. Die ihr nun zufließenden Mittel sind dafür gedacht, einerseits durch Tilgungsleistungen einen Abbau der Verschuldung vorzunehmen und andererseits zur Realisierung des geplanten Saunaausbaus des life-ness.

Im Hinblick auf den Wirtschaftsplan 2010, der im nichtöffentlichen Teil vorgestellt werden soll, aus dem hervorgeht, dass zwischenzeitlich relativ geordnete Verhältnisse bei der Bäder GmbH herrschen, sei eine Zuführung in den städtischen Haushalt nicht ratsam.

Nun wird über den Änderungsantrag von Herrn Ullmann abgestimmt, einen Betrag in Höhe von 500.000 € dem Haushalt der Stadt Radevormwald zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:	4 Ja-Stimmen	(3 AL, 1 fraktionslos)
	37 Nein-Stimmen	(16 CDU, 9 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
	3 Enthaltung	(1 SPD, 2 proNRW)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschlussentwurf:

1. Die aus der Entfristung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Radevormwald GmbH und dem Verkauf eines Gesellschaftsanteils i.H.v. 0,9 Prozent erzielten Einnahmen der Bäder Radevormwald GmbH i.H.v. 2,4 Mio. € sollen wie folgt verausgabt werden:
 - a. Die Bäder GmbH erstattet der Stadt Radevormwald sämtliche Verfahrenskosten, die die Stadt der Bäder GmbH vorausgezahlt hat.
 - b. Die Bäder GmbH erstattet der Stadt Radevormwald den bisher gezahlten Betrag zur Verlustabdeckung des Jahres 2010.
 - c. Unter der Bedingung, dass dies nicht zu steuerlichen Nachteilen für die Bäder GmbH führt, dem keine rechtlichen Bestimmungen entgegenstehen und der Mitgesellschafter RWE RWN seinen Eigentumsanteil entsprechend in gleicher Weise handelt, stellt die Bäder GmbH einen

Betrag i.H.v. bis zu 0,5 Mio. € (angestrebte Zielgröße) für eine Kapitalaufstockung bei ihrem Tochterunternehmen Stadtwerke GmbH zur Verfügung.

d. Der Restbetrag verbleibt bei der Bäder GmbH zur eigenen Verwendung.

2. Der Rat der Stadt weist die städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten der Bäder GmbH und Stadtwerke GmbH an, in diesen Gremien im Sinne der o.a. Punkte 1) a.-d. zu votieren

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (16 CDU, 8 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
 7 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
 1 Enthaltung (1 SPD)

Damit ist der Beschlussentwurf angenommen.

Es erfolgt eine Sitzungspause von 18.02 Uhr bis 18.12 Uhr.

5. Berufung sachkundiger Bürger/Einwohner für fraktionslose Mitglieder des Rates der Stadt Radevormwald Antrag des Herrn Fritz Ullmann vom 07.07.2010

Herr Ullmann erklärt, dass die Verwaltung in den Erläuterungen der Beschlussvorlage seinen Antrag falsch interpretiert.

Er führt aus, dass er als fraktionsloses Ratsmitglied tatsächlich kein Recht auf Benennung von sachkundigen Bürgern bzw. Einwohnern in Ausschüsse habe, ihm jedoch eine solche Möglichkeit eingeräumt werden könne. Herr Ullmann führt als Beispiel andere Gemeinden im Oberbergischen Kreis an, in denen eine solche Praxis üblich sei.

Herr Dr. Michalides hält den Antrag von Herrn Ullmann für gerechtfertigt und ist der Auffassung, dass auch kleinen Gruppierungen Gehör verschafft werden soll.

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, in Anlehnung an §§ 56 (3) und § 58 (1) GO NRW zur Gewährleistung der politischen Arbeitsfähigkeit von Mitgliedern des Rates ohne Zugehörigkeit zu einer Fraktion die Benennung jeweils eines sachkundigen Bürgers oder Einwohners mit beratender Stimme in der Hälfte der durch den Rat der Stadt Radevormwald gebildeten Ausschüsse zu ermöglichen.

Dies gilt vorbehaltlich der Ausschüsse, in denen nur Mitglieder des Rates vertreten sein dürfen. Diese können durch das fraktionslose Mitglied des Rates selbst besetzt werden. Andernfalls bleiben sie unbesetzt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
 40 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**6. Zuwendungen zu den Aufwendungen für die Geschäftsführung gem. § 56 GO NRW, § 10 (7) c) und d) Hauptsatzung der Stadt Radevormwald für fraktionslose Mitglieder des Rates der Stadt Radevormwald
Antrag des Herrn Fritz Ullmann vom 18.07.2010**

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag. Er weist darauf hin, dass er einen Unterschied sieht zwischen seiner Sichtweise und der der Verwaltung und erklärt, dass er den Sinn der Zuwendung darin sieht, nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung mit diesen Mitteln einen Raum anzumieten statt auf von der Verwaltung zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten zuzugreifen.

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, fraktionslosen Mitgliedern des Rates der Stadt Radevormwald künftig monatliche Mittel für den Unterhalt eines Büros in Höhe der Hälfte der hierfür vorgesehenen Beträge für Fraktionen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimme	(fraktionslos)
	40 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(AL)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**6. a) Abwassergebühren
Antrag der AL-Fraktion vom 09.09.2010**

Herr Ebbinghaus führt aus, dass Bürger bei ihm angefragt haben, was aus ihren Einsprüchen geworden sei.

Er bittet den Bürgermeister, dafür Sorge zu tragen, dass den betroffenen Bürgern ein Zwischenbescheid erteilt wird.

Herr Meskendahl gibt einen im Antrag der AL-Fraktion geforderten Situationsbericht. Er erläutert, dass derzeit 14 Klagen gegen die Abwasserbescheide anhängig sind; von den ursprünglich 23 eingereichten Klagen wurden zwischenzeitlich 9 zurückgenommen.

Weiterhin seien 240 Fälle zwecks Überprüfung an die Tiefbauabteilung abgegeben worden, davon sind zurzeit 119 erledigt.

Derzeit liegen beim Steueramt noch etwa 520 zu bearbeitende Fälle, wovon möglicherweise ebenfalls ein gewisser Anteil zur Prüfung an die Tiefbauabteilung abgegeben werden muss.

Herr Meskendahl erklärt, dass in allen bisher nicht bearbeiteten Fällen Mahn- und Zahlsperrn eingerichtet worden seien.

Da das derzeit in der Steuerverwaltung vorhandene Personal einige Monate benötigen würde, um die vorliegenden Fälle zu bearbeiten, werden momentan 3 zusätzliche Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Verwaltung mit 50 % ihrer Arbeitszeit zur Unterstützung eingesetzt; auch eine Unterstützung der Tiefbauabteilung durch externe Kräfte erscheint unumgänglich.

Die Verwaltung ist bestrebt, bis Ende 2010, spätestens vor der Erstellung der Abgabenbescheide für das Jahr 2011, alle angesprochenen Fälle zu bearbeiten.

Das vorhandene Personal ist ausschließlich mit der Bearbeitung dieser Fälle beschäftigt, eine Erstellung von Infoschreiben oder Zwischenbescheiden würde die Abarbeitung verzögern.

Herr Meskendahl verweist darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger über den Stand des Verfahrens ausreichend über die Berichterstattung in der Presse informiert werden.

Herr Ebbinghaus schlägt vor, auf jeden Fall Zwischenbescheide zu versenden und damit den Bürgerinnen und Bürgern die Gewissheit zu geben, dass ihre Eingabe bei der Verwaltung eingegangen ist.

Herr Dr. Korsten äußert Verständnis für diese Auffassung, weist aber noch einmal auf die Personalknappheit im betroffenen Bereich – nicht zuletzt auch durch Krankheitsfälle – hin.

Die Frage von Herrn Klee nach evtl. entstehenden Lücken in den Sachgebieten der in den anderen Bereichen abgezogenen Mitarbeitern beantwortet der Bürgermeister dahingehend, dass keiner der betr. Mitarbeiter aus publikumsintensiven Bereichen abgezogen wird.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Umsetzungen im Rathaus äußerst kooperativ abgelaufen sind.

7. 37. Bebauungsplan Nr. 100 – Bereiche nördlich und südlich der Alten Landstraße

- a) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangene Stellungnahme vom 29.09.2009, bezeichnet als S 1

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den in der als S 1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen hinsichtlich der Festsetzung der Gebäudehöhe zu folgen und den übrigen Anregungen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (AL)
1 Enthaltung (fraktionslos)

- b) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Kampfmittelbeseitigungsdienstes der Bezirksregierung Düsseldorf, eingegangen am 17.09.2009

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes der Bezirksregierung Düsseldorf nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (AL)
1 Enthaltung (fraktionslos)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- c) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 30.09.2009

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den Anregungen des Landrates des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
 3 Nein-Stimmen (AL)
 1 Enthaltung (fraktionslos)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- d) Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege, eingegangen am 02.12.2009

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, der Anregung des Amtes für Bodendenkmalpflege nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
 3 Nein-Stimmen (AL)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- e) Bericht über die Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Offenlage am 09.04.2010 eingegangene Stellungnahme, gekennzeichnet als S 1

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den in der als S 1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- f) Abwägung und Beschluss über die während der Offenlage am 30.04.2010 eingegangene Stellungnahme, gekennzeichnet als S 2

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den in der als S 2 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- g) Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises, eingegangen am 29.04.2010

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen des Landrates des Oberbergischen Kreises nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (AL)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- h) Satzungsbeschluss

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 100 - Bereiche nördlich und südlich der Alten Landstraße - als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

8. Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides zum Erhalt der GGS Blumenstraße

Auf eine Frage von Herrn Michalides, warum das Ergebnis des Bürgerentscheides nicht im Wahlausschuss beschlossen worden ist, erklärt der Bürgermeister, dass gemäß Vorgabe der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Rat hierfür zuständig sei.

Auf den Einwurf von Herrn Ebbinghaus, dass auch in den Fachausschüssen die verschiedensten Dinge vorberaten werden, entgegnet Dr. Korsten, dass die Aufgaben des Wahlausschusses nach dem Kommunalwahlgesetz abschließend vorgegeben sind.

Beschlussentwurf:

Gemäß § 16 Abs. 1 der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald stellt der Rat der Stadt Radevormwald das Wahlergebnis fest.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
4 Enthaltungen (3 AL, 1 fraktionslos)

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

9. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

- a) Der Bürgermeister erklärt, dass Frau Regine Schmidt die Nachfolgerin von Herrn Rolf Voß, der noch in diesem Jahr aus dem Dienst ausscheiden wird, als Fachbereichsleiterin „Zentrale Dienste“ sein wird und daher auch die Nachfolge von Herrn Voß in der Zweckverbandsversammlung civitec übernehmen soll.

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, Frau Regine Schmidt als stv. Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes civitec zu wählen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Beschlussvorlage ist damit angenommen.

- b) Antrag der UWG-Fraktion vom 02.09.2010

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Armin Barg als Mitglied des Integrationsrates für Herrn Sebastian Hetzel; Herrn Werner Nowara als stellvertretendes Mitglied des Integrationsrates für Herrn Armin Barg, Herrn Klaus Steinmüller als Mitglied des Ausschuss Soziales, Sport und Tourismus für Herrn Sebastian Hetzel sowie Frau Marina Müller als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Herrn Sebastian Hetzel zu benennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag ist damit angenommen.

- c) Für die FDP-Fraktion beantragt Herr Rüggeberg Umbesetzungen im Aufsichtsrat der Bäcker GmbH.

Ab 01.10.2010 soll dort für die FDP-Fraktion Frau Annette Pizzato ordentliches Mitglied werden, Herr Axel Schröder ihr Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit ist der Antrag angenommen.

10. Über-/außerplanmäßige Ausgaben

a) Kenntnisnahme der über-/außerplanmäßigen Ausgaben gem. Liste der Verwaltung

Frau Ebbinghaus möchte erfahren in welchen Fällen Kosten für den Tourismus über die Stadt bzw. über die WFG GmbH abgewickelt werden.

Herr Meskendahl erläutert anhand eines Beispiels (Wanderwege) die Vorteile der WFG, die in vielen Fällen ausgabetechnisch flexibler reagieren kann als die Stadt. Er verweist auch auf die Möglichkeiten der Vorfinanzierung von Leistungen durch die WFG.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus zu der Bedeutung der Bezeichnung „Zentrale schulbezogene Leistungen“ in der Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben erläutert Herr Meskendahl, dass es sich hierbei um die Kosten des Medienentwicklungsplanes handelt. Diese Maßnahme war 2009 beauftragt worden, die Rechnung ist aber erst in 2010 eingegangen; daher waren die Mittel außerplanmäßig bereitzustellen.

Herr Schröder bittet um Informationen zu Produkt-Nr. 1.02.15.01 (Brand- und Bevölkerungsschutz).

Herr Meskendahl erläutert, dass es sich hierbei um einen nicht investiven Teil der Kosten für die Löschwasserversorgung Grüne/Feldmannshaus handelt, der bisher nicht veranschlagt war.

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

b) Außerplanmäßige Haushaltsmittel für den Bau einer Lüftungsanlage in der Küche der Realschule

Frau Butz beantwortet die Nachfragen aus den Reihen des Rates zu der Höhe des notwendigen Betrages. Sie erläutert, dass die notwendigen Maßnahmen exakt unter Zuhilfenahme eines Fachingenieurs geplant wurden.

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt beschließt, die außerplanmäßigen Haushaltsmittel in Höhe von 53.000 € (4.000016.790.402) für den Einbau einer Lüftungsanlage in der Küche der Realschule bereitzustellen. Die Deckung des außerplanmäßigen Aufwandes erfolgt durch die Mittel der Schul- und Bildungspauschale der Vorjahre und 2010 (=30.500 €) und einer zweckgebundenen Landeszuweisung (=22.500 €).

Abstimmungsergebnis:	39 Ja-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 1 AL, 1 Bürgermeister)
	2 Nein-Stimmen	(AL)
	3 Enthaltungen	(2 proNRW, 1 fraktionslos)

11. Mitteilungen und Fragen

- a) Herr Ebbinghaus bittet um eine Erklärung über die Art und Weise der Bearbeitung von an den Bürgermeister gerichteten Anschreiben; er berichtet über zwei Jahre alte Anfragen, die nicht beantwortet worden sein sollen.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass er jederzeit für die Bürger erreichbar ist und Anschreiben an ihn üblicherweise umgehend beantwortet werden. Eine Aussage zu den von Herrn Ebbinghaus angesprochenen Fällen kann er ohne konkrete Angaben nicht machen.

- b) Auf Nachfrage von Herrn Lunderstädt hinsichtlich der Einhaltung des Termins für die Fenstererneuerung in der Realschule erklärt Frau Gottlieb, dass die Arbeiten sich im avisierten Zeitrahmen bewegen.

- c) Frau Ebbinghaus fragt an, ob beabsichtigt sei, die Zäune im Bereich des Spielplatzes Schnellental zu erneuern.

Frau Gottlieb erläutert, dass im unmittelbaren Bereich des dortigen Spielplatzes eine Erneuerung der Zäune bereits stattgefunden hat, weist auf die verhältnismäßig hohen Kosten für den Vorschriften entsprechende Zäune hin und erklärt, dass eine weitere Erneuerung nur dann erfolgen kann, wenn entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Auf eine entspr. Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt Frau Gottlieb, dass alle vom Uel-fedad abgebauten und beim Betriebshof eingelagerten Zauneelemente auf dem Spielplatz Schnellental bereits aufgestellt wurden.

- d) Herr Ullmann erbittet Auskünfte zum „Oberberg-Pass“.

Herr Schäfer berichtet in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kreissozialausschusses, dass dieser Pass beim Kreis zwar beschlossen worden sei, Art und Umfang jedoch zurzeit noch nicht feststehen. Die Umsetzung soll kreisweit im Laufe des Jahres erfolgen.

- e) Auf Nachfrage von Herrn Viebach erklärt Herr Meskendahl, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer derzeit rd. 1,4 Mio. € über dem Haushaltsansatz liegen.

- f) Herr Viebach erkundigt sich, welche Vorteile aus dem „Shared-Service“-Prozess gezogen werden konnten.

Der Bürgermeister erklärt, dass aufgrund der Zusammenarbeit mit Wipperfürth und Hückeswagen eine Software im Bereich des Gebäudemanagements erheblich günstiger be-

schaftt werden kann. Außerdem sollen im Kassenbereich die im Verlauf des Projektes erarbeiteten Prozesse im Forderungsmanagement umgesetzt werden.

An dieser Stelle verabschiedet der Bürgermeister Herrn Rolf Voß, dessen Dienstzeit bei der Stadt Radevormwald zum 31.10.2010 endet, und bedankt sich im Namen des Rates für die langjährige Tätigkeit, verbunden mit den besten Wünschen für den Ruhestand.

Ebenfalls verabschiedet nun der Bürgermeister Herrn Rüggeberg, dessen Ratsmandat zum 30.09.2010 nach 16-jähriger Amtszeit endet. Herr Dr. Korsten bedankt sich für die langjährige Zusammenarbeit sowohl persönlich als auch im Namen des Rates mit einem Buchgeschenk bei Herrn Rüggeberg.

Herr Rüggeberg berichtet über die Beweggründe seines Rücktritts und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Ende des öffentlichen Teils: 19.15 Uhr